

Vorlage 39/2023-ö zur öffentlichen Sitzung
des Gemeinderates am Montag, 10. Juli 2023

TOP-Nr.: 06

Beratung und Beschlussfassung über die Genehmigung von außerplanmäßigen Ausgaben zur Schaffung von Wohnraum für geflüchtete Menschen in der Gemeinde Marxzell

Sachverhalt:

Auf Grund der Entwicklungen im Bereich der Unterbringung von geflüchteten Menschen, hat auch die Gemeinde Marxzell die Vorsorge zur gesicherten Unterbringung dieser zu gewährleisten.

Mit dem Jahresschreiben 2023 teilte der Landkreis den Kommunen mit, dass durch die weiterhin nicht prognostizierbaren Zugänge aus der Ukraine sowie deutlich höheren Zuweisungszahlen von Geflüchteten aus anderen Nationen, die Themen Unterbringung, Beratung und Leistungsgewährung sowie die Schaffung von Plätzen in der Anschlussunterbringung nicht an Bedeutung verlieren.

Neben den Kriegsvertriebenen aus der Ukraine wurden dem Landkreis Karlsruhe im Mai 2023 insgesamt 43 Personen aus anderen Ländern in die vorläufige Unterbringung zugewiesen. Die Aufnahmeverpflichtung für Juni liegt bei 58 Personen zzgl. Folgeantragstellern und Sonderkontingenten. Insgesamt rechnet der Landkreis für Juni 2023 mit einer Gesamtaufnahmezahl von 70-80 Personen. Damit ist ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Vormonat zu erkennen. Der Landkreis geht davon aus, dass sich diese Entwicklung in den Folgemonaten verstärkt fortsetzen wird.

Aktuell ist die Gemeinde Marxzell wie in der Maisitzung diesen Jahres mitgeteilt, mit 53 Personen im Aufnahmeminus. Eine Verbesserung der Situation ist nicht abzusehen.

Eine detaillierte Übersicht über die Zugänge der nicht Ukrainischen Personen soll den Kommunen in den nächsten Wochen zugehen.

Auf Grund der derzeitigen Belegung der gemeindeeigenen Unterkünfte zur Unterbringung von geflüchteten Personen und Obdachlosen in Neurod und Pfaffenrot, greift die Verwaltung seit Monaten auf die Bereitstellung von geeignetem Wohnraum durch Privatpersonen zurück. Nachdem die Zahlen sich wie vorgenannt entwickelt haben und die Bereitstellung zur Einzelunterbringung seitens des privaten Wohnungsmarktes dies nicht langfristig decken

wird, hat die Verwaltung in Absprache mit dem Gemeinderat die Aktivierung von leerstehenden, gemeindeeigenen Wohnungen, welche zuvor privat genutzt wurden, zuerst vorgesehen. Da die Gemeinde Marxzell eine entsprechende Unterbringungsverpflichtung gegenüber dem Land Baden-Württemberg sowie dem Landkreis Karlsruhe hat, müssen entsprechende Schritte zeitnah in die Wege geleitet werden.

Hierbei ist vorgesehen, sowohl im Ortsteil Burbach als auch im Ortsteil Schielberg die leerstehenden Wohnungen in den Dachgeschossen der bestehenden Schulgebäude entsprechend herzurichten. Nach einer ersten Schätzung werden für die Wohnung in Burbach ca. 20.000 €, für die Wohnung in Schielberg ca. 25.000 € anfallen. Eine bautechnische Untersuchung hat hierfür nicht stattgefunden, die Schätzungen beruhen auf Erfahrungswerten der Verwaltung nach Inaugenscheinnahme und Rücksprache mit Handwerkern. Ziel ist es, die beiden Wohnungen über die Sommermonate herzurichten. In diesen beiden Wohnungen ist die Unterbringung von max. 8-10 Personen vorgesehen.

Zur weiteren Deckung des Bedarfes wird sich die Verwaltung mit der Anschaffung von Wohnraumcontainern beschäftigen, für welche in den kommenden Wochen entsprechende Angebote standortbezogen mit entsprechenden Infrastrukturkosten eruiert werden. Parallel hierzu unternimmt die Verwaltung weiterhin Versuche, privaten Wohnraum zur Deckung des Unterbringungsbedarfes zu akquirieren.

Die Verwaltung schlägt zur Schaffung von Wohnraum zur Unterbringung von geflüchteten Menschen dem Gremium deshalb vor, für die Aktivierung der beiden genannten Wohnungen außerplanmäßige Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 € bzw. 25.000 € im Haushaltsjahr 2023 bereitzustellen.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt die Bereitstellung von außerplanmäßigen Ausgaben zur Schaffung von Wohnraum zur Unterbringung von geflüchteten Menschen im Haushaltsjahr 2023. Hierfür werden zur Instandsetzung der Wohnung im Dachgeschoss des Schulgebäudes Burbach 20.000 € sowie der Wohnung des Dachgeschosses im Schulgebäude Schielberg 25.000 € bereitgestellt.

gez. Sabrina Eisele
Bürgermeisterin

gez. Jürgen Germann
Fachbereichsleiter
Finanzen und Infrastruktur